
NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 1

Kreistag

am 27.01.2009

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Klaus-Dieter Bröckling
Brigitte Cziehso
Dieter Drescher
Martina Eickhoff
Bernd Engelhardt
Ursula Erdelkamp
Hartmut Ganzke
Karin Goddinger
Jens Hebebrand
Claudia Isenberg
Wolfgang Kerak
Dirk Kolar
Ursula Lindstedt
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Hildegard Rüwald
Detlef Schwerdt
Jörg Sieger
Heinz Steffen
Simone Symma
Walter Teumert
Monika Töpfer
Manuela Veit

Brunhilde Weinhold
Martin Wiggermann
Herbert Ziegenbein
Christina Zubrytzki
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Peter Dörner
Jörg-Uwe Ebner
Claudia Gebhard
Ute Giedinghagen
Christa Glodny
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Norbert Kläsger
Leo Klempert
Helmut Krause
Rotraud Niemann
Heinz Piehl
Martina Plath
Hanne-Luise Schacht
Annelies Schwarzer
Ursula Sopora
Christa Weidner
Paul Wisniewski
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Adrian Mork
Regina Müller-Hinz
Jochen Nadolski-Voigt
Anke Schneider
Barbara Streich
Dieter Albert
Heike Schaumann
Sigurd Senkel
Wolfgang Schilken
Udo Gabriel
Jana Müller-Simdorn
Marc Elsbeck
Michael Klostermann

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Dr. Schiebold, L KfP
Herr Göpfert, Büro Landrat
Frau Waßen, Schriftführerin

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.
Beschäftigte der GWA, der VKU und der ADU
weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger
Vertreter der Presse
Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren. Zu Beginn der Sitzung gedenken die Anwesenden der am 8. Januar verstorbenen Kreistagsabgeordneten Elisabeth Schwarz. Sie habe sich seit dem Jahr 2004 im Kreistag insbesondere im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Familie sowie im Schulausschuss engagiert und sich dort einen sehr guten Ruf erworben. Der Kreistag werde Frau Schwarz als ehrlich und an der Sache orientiert zum Wohle des Kreises und der hier lebenden Menschen in guter Erinnerung behalten.

Anschließend stellt Herr Landrat Makiolla die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Anwesenden aller Opfer des Nationalsozialismus. Die Ansprache von Herrn Landrat Makiolla zum Gedenktag ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

004/09

Ersatzwahl

Punkt 3

165/08

Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU)

Punkt 4

200/08

Direktvergabe von Personenverkehrsdiensten an die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

- Grundsatzbeschluss

Punkt 5

194/08

Investitionssprogramm „Schulen mit Zukunft“ 2009 – 2015;

- Grundsatzbeschluss -

Punkt 6

192/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

Punkt 7

Haushalt 2009

Punkt 7.1

003-1/09

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

Punkt 7.2

180-2/09

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 7.3

181/08

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 9

199/08

Grunderwerb in Selm zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern werden nicht gestellt.

Punkt 2

004/09

Ersatzwahl

Beschluss

Der Kreistag wählt Herrn Helmut Krause als ordentliches Mitglied in den Wahlausschuss.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

165/08

Verlängerung der Entsorgungsverträge zwischen dem Kreis Unna und der Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA) sowie der Auftragsgesellschaft für Abfallentsorgung Kreis Unna mbH (AKU)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass neben dem Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion inzwischen ein weiterer Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion vorliege.

Frau Cziehso erinnert daran, dass der Kreis Unna bereits seit vielen Jahren seine Abfallwirtschaft mit eigenen Gesellschaften durchführe. Wäre es nach der SPD-Fraktion gegangen, hätte man schon in der vorigen Kreistagssitzung dem Verwaltungsvorschlag folgen können. Schließlich stelle die Verlängerung der Entsorgungsverträge eine wichtige Maßnahme zur Entsorgungssicherheit und zum Bestand der Abfallwirtschaft im Kreis Unna dar. Ihre Fraktion stehe für eine kommunal gesteuerte Abfallwirtschaft, weil sie den Bürgerinnen und Bürgern günstige Entsorgungsmöglichkeiten und ökologische Standards garantiere. Dazu würde die Werthaltigkeit der GWA maßgeblich durch die Vertragsdauer bedingt. Frau Cziehso weist darauf hin, dass es hier um rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehe, für die der Kreistag eine Verantwortung habe. Mit Blick auf mögliche künftige Änderungen im europäischen Recht sei es für die SPD-Fraktion wichtig, mit der heutigen Beschlussfassung die Gesellschaften langfristig auf gesicherte Füße zu

stellen. Anschließend erläutert sie kurz den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion.

Herr Jasperneite macht deutlich, dass der CDU-Fraktion eine Verlängerung der Verträge von 2017 auf 2027 nicht erforderlich erscheine. Man fixiere hier möglicherweise Positionen, die über eine komplette Kreistagsperiode hinaus schon ein Handeln des nächsten Kreistages beeinträchtige oder sogar unmöglich mache. Trotzdem wolle man natürlich Schaden von der GWA abwenden. Es verwundere ihn aber schon, dass in der Öffentlichkeit aktuell suggeriert werde, dass die GWA gefährdet sei. Nach seinen Informationen und den ihm vorliegenden Zahlen sei die GWA ein kerngesundes Unternehmen. Im Anschluss stellt Herr Jasperneite den CDU-Antrag dar und betont, dass es bei den genannten Investitionen nicht um Ersatzinvestitionen des laufenden Geschäfts wie die Anschaffung eines Radlagers für 150.000 Euro gehe. Gemeint seien ausschließlich große Investitionen der GWA nach 2017 eventuell in Verbindung mit neuen Verträgen, die in den Kreistag zurückgeholt werden sollten. Er schlägt vor, der Verwaltungsvorlage mit dem – gerade noch einmal erläuterten - CDU-Antrag sowie dem SPD-Antrag zuzustimmen.

Nach Aussage von Herrn Goldmann erwarteten die Bürger von einem kreisweit ausgerichteten Abfallwirtschaftssystem, dass es effektiv funktioniere, transparent, zuverlässig organisiert und wirtschaftlich leistungsfähig sei. Die im Kreisgebiet eingesetzten Partner, insbesondere die GWA und die anderen Kreisgesellschaften mit ihren Beschäftigten, würden all diese Voraussetzungen erfüllen. Vor einer Entscheidungsfindung sei zunächst zu klären, ob die Wirtschaftlichkeit des Systems durch eine andere Organisationsform verbessert werden könne, ob nach 2017 davon auszugehen sei, dass sich beispielsweise das Müllaufkommen dramatisch verändere und ob die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen unzureichend seien. Ein Blick in den Beteiligungsbericht zeige, so Herr Goldmann, was der Kreis aktuell an den Gesellschaften habe. Er wolle hier nur exemplarisch den Geschäftsertrag für die VBU in Höhe von 4.456.000 Euro erwähnen. Lediglich bei einem Blick auf die Entwicklung über 2017 hinaus beschleiche ihn und seine Fraktion ein Gefühl des Unbehagens. Aber sowohl Verwaltung als auch GWA hätten die Begründung nachvollziehbar geliefert. Neben der aktuellen Entwicklung auf der EU-Ebene stelle sich das Problem vor allem darin, dass die obergerichtliche Rechtsprechung in ihren Entscheidungen die Belange der Städte und Kreise als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger zwischenzeitlich als weniger schützenswert einschätzen würde. Einfach gesagt, private Gewinnerzielung habe Vorrang vor stabilen Abfallgebühren. Derzeit gebe es noch die Möglichkeit zu handeln, so dass man dies aus Sicht seiner Fraktion auch nutzen sollte.

Herr Senkel stellt fest, dass seine Fraktion wegen vergaberechtlicher Bedenken um eine Verschiebung der Beschlussfassung auf den heutigen Tag gebeten habe. Grundsätzlich könne man auch heute keinen zwingenden Grund erkennen, jetzt, im Jahr 2009, schon bis ins Jahr 2027 zu verlängern. Die vorhandenen Bedenken seien auch durch den Rechtsberater, den man zwischenzeitlich zu Rate gezogen habe, bestätigt worden. Deshalb schlage seine Fraktion vor, vor der Entscheidung des Kreistages beim Landkreistag, bei der Bezirksregierung oder der IHK eine schriftliche Stellungnahme einzuholen, ob gegen den Beschlussvorschlag vergaberechtliche Bedenken bestehen würden. Es sei nicht auszuschließen, dass eine so langfristige Vertragsverlängerung von anderen Wettbewerbern bei der zuständigen Vergabekammer oder gerichtlich angegriffen würde und im Ergebnis sogar Schadensersatzansprüche anderer Interessenten begründet werden könnten. Trotzdem wolle die FDP-Fraktion den CDU-Antrag mittragen, um dann die

Vorlage zu beschließen. Dem SPD-Antrag könne man allerdings nicht zustimmen.

Herr Gabriel zeigt sich erfreut über die Vorlage und die damit verbundenen langfristigen Perspektiven für die GWA und die VBU. Er sehe im Zweifelsfall die Gefahr einer Vernachlässigung im sachgerechten Umgang mit Abfall, wenn die Abfallentsorgung den Gewinninteressen unterworfen werde. Deshalb gehöre die Abfallentsorgung aus Sicht der Gruppe DIE LINKE. nur in die öffentliche Hand. Nicht zu vergessen sei in diesem Zusammenhang auch die Sicherheit der Arbeitsplätze, die in den kreisangehörigen Gesellschaften gegeben sei.

Herr Teumert weist darauf hin, dass die jährliche Gewinnausschüttung sicherlich einen Vorteil für den Kreis bedeute. Darüber hinaus sei aber auch die Stabilität der Abfallgebühren, die im Jahr 2009 geringer seien als im Jahr 1994, im Interesse für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna. Durch den Antrag zum jetzigen Zeitpunkt wolle die SPD-Fraktion gerade vergaberechtliche Probleme ausschließen. Man müsse handeln, solange es noch möglich sei. Darüber hinaus sei es auch im Interesse des Kreises angezeigt, die Werthaltigkeit für die GWA abzusichern. Dem CDU-Antrag könne seine Fraktion grundsätzlich folgen, habe allerdings ein Problem mit der im Klammern gesetzten Formulierung. Diese solle man doch noch überarbeiten und insbesondere auf den MVA-Verbund hinweisen.

Nach kurzer Diskussion wird vereinbart, dass Frau Cziehso und Herr Jasperneite gemeinsam mit Herrn Dr. Timpe eine entsprechend präzise Formulierung erarbeiten. Zu diesem Zweck wird die Sitzung von 15.40 bis 15.45 Uhr unterbrochen.

Es ergeht sodann folgender

Beschluss

Der Kreistag beauftragt den Landrat,

1. den Entsorgungsvertrag zwischen dem Kreis Unna und der GWA vom 08.05.1993 in der geltenden Fassung durch den als **Anlage 1** beigefügten 4. Änderungsvertrag zu ändern;
2. den Entsorgungsvertrag zwischen dem Kreis Unna und der AKU vom 14.01.2004 (Altpapierentsorgung) durch den als **Anlage 2** beigefügten 1. Änderungsvertrag zu ändern,
3. den Entsorgungsvertrag zwischen dem Kreis Unna und der AKU vom 29.11.1997 / 19.08.2005 (Hausmüllentsorgung) in der geltenden Fassung durch den als **Anlage 3** beigefügten 2. Änderungsvertrag zu ändern.
4. Für den Fall, dass aus dem Marktumfeld heraus vergaberechtlich überzeugende Erwägungen vorgetragen werden, die nach juristischer Überprüfung zwingend die Empfehlung nahe legen, schon jetzt die durch die GWA im Auftrage des Kreises Unna wahrgenommenen Entsorgungsaufgaben auf die AKU zu verlagern, wird der Landrat ebenfalls ermächtigt, die dazu erforderlichen Verträge mit der GWA und der AKU abzuschließen. Auch dabei ist eine Mindestvertragslaufzeit bis zum 31.12.2027 – unter Aufrechterhaltung der vertraglichen Rahmenbedingungen im Übrigen – zu berücksichtigen.
5. Außerdem wird der Landrat beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die unter den Ziffern 1 bis 3 genannten Verträge um eine Bestimmung ergänzt werden, die gewährleistet, dass GWA und AKU vertragliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Beteiligung im MVA Hamm-Verbund oder

bezüglich anderer Konzepte einer künftigen Restabfallentsorgung für den Zeitraum nach dem 31.12.2017 nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Kreistages eingehen. In diesem Zusammenhang hebt der Kreistag auch hervor, dass jegliche gesellschaftsrechtlichen Kooperationen oder Beteiligungen durch die Kreis-Entsorgungsunternehmen stets der vorherigen Beschlusszuständigkeit des Kreistages unterliegen.

Abstimmungsergebnis

zu Nr. 1 bis 3 und Nr. 5: einstimmig zugestimmt

zu Nr. 4: mehrheitlich zugestimmt (5 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

Punkt 4

200/08

Direktvergabe von Personenverkehrsdiensten an die Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)
- Grundsatzbeschluss

Erörterung

Herr Jasperneite teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde, da man keinen Schaden für die VKU generieren und keine Arbeitsplätze gefährden wolle. Zustimmung könne man der Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt allerdings nicht, da die Vorbehalte hinsichtlich des Beschlussvorschlages trotz des Gespräches mit Herrn Dr. Schiebold nicht ausgeräumt seien und noch intensiver Beratungsbedarf bestehe. Man wolle das Thema weiterhin konstruktiv kritisch begleiten.

Frau Cziehso stellt fest, dass die VKU eine sehr leistungsfähige Gesellschaft sei, die einen hohen Service für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Unna biete. Das Personal sei gut ausgebildet und die Fahrzeuge würden sich in einem guten Zustand befinden. Der Kreis habe zusammen mit der VKU durch verschiedene Maßnahmen und Projekte wie die Servicezentrale fahrtwind oder auch die Busguides noch verbesserte Qualitätsstandards erreicht. Nicht zu vergessen sei in diesem Zusammenhang auch das Sozialticket. Aus diesen Gründen sollte man ein eigenes Verkehrsunternehmen im Kreis Unna behalten. Die SPD-Fraktion sei dankbar, dass nach der aktuellen EU-Gesetzeslage unter anderem die direkte Vergabe von Verkehrsdienstleistungen an ein Verkehrsunternehmen möglich sei. Frau Cziehso betont, dass dies keinesfalls bedeute, dass private Anbieter nicht berücksichtigt würden. Schließlich würde ein großer Teil der VKU-Aufträge durch mittelständische Verkehrsunternehmen aus dem Kreis Unna wahrgenommen. Für sie stelle sich die Frage, wo diese Unternehmen blieben, wenn die VKU keine Aufträge mehr zu vergeben hätte. Nehme man der VKU die Möglichkeit, im Wege der Direktvergabe Fahraufträge entgegen zu nehmen, führe dies zu einem Substanzverlust bis hin zum Ende des Unternehmens. Das Wort Privatisierung brauche man dazu nicht einmal in den Mund zu nehmen. Hinzu komme, dass der Kreistag auch eine Verantwortung für die 220 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter habe, die gute Arbeit leisten würden. Ein Verschieben der Entscheidung – wie im Kreisausschuss thematisiert – komme aus ihrer Sicht nicht in Betracht, weil man dadurch die Reihe der sieben Kreise verlassen würde, die im Rahmen einer konzertierten Aktion den Weg der Direktvergabe gehen wollten. Die SPD-Fraktion stimme der von der Verwaltung vorgelegten Vorlage zu, da sie einen ersten Schritt in Richtung einer Direktvergabe darstelle.

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erklärt Frau Schneider, dass man voll und ganz hinter der Direktvergabe an die VKU stehe und der Vorlage deshalb uneingeschränkt zustimmen werde.

Herr Schilken macht deutlich, dass die FDP-Fraktion sich ausdrücklich zum Wettbewerb, zur VKU und zum Mittelstand im Kreis bekenne. Wettbewerb funktioniere, wenn für alle die gleichen Rahmenbedingungen mit entsprechenden Qualitäts- und Sozialstandards gelten würden. Dies könne vom Kreis als Auftraggeber vorgegeben werden, um Lohndumping und auch „Rosinenpickerei“ zu verhindern. Dabei sei die FDP-Fraktion für eine wettbewerbsfähige VKU. Durch eine Direktvergabe werde die VKU auf das jetzige Tätigkeitsgebiet beschränkt und könne nicht – wie über den Wettbewerb möglich - woanders einsteigen. Über die hier vorgesehene, wettbewerbsfeindliche Inhouse-Regelung würden die mittelständischen Verkehrsunternehmen aus der Auftragsvergabe ausgeschaltet. Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass die VKU Aufträge an den heimischen Mittelstand als Subunternehmer vergeben würde. Die FDP-Fraktion plädiere dafür, mehr Wettbewerb zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna zuzulassen und werde dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Elsbeck gibt zu bedenken, dass man mit dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Weg zügig auf sich ändernde Kundenbedürfnisse reagieren könne. Deshalb finde der Beschlussvorschlag seine Zustimmung.

Die Gruppe DIE LINKE. sieht nach Aussage von Herrn Gabriel mit diesem Beschluss einen qualitativ guten ÖPNV im Kreis Unna sicher gestellt. Der ÖPNV dürfe als besondere gesellschaftliche Aufgabe nicht als Profitgeschäft betrieben werden sondern dürfe und müsse auch defizitär angeboten werden.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss

Der Kreistag beschließt, die derzeitigen ÖPNV-Leistungen der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU) ab dem 01.01.2011 an die VKU als sogenannten internen Betreiber nach den Vorgaben der EU-Verordnung 1370/2007 direkt zu vergeben.

Diese Direktvergabe wird im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages mit ausschließlichen Rechten und Ausgleichsleistungen gemäß der EU-Verordnung 1370/2007 durchgeführt.

Der Landrat wird beauftragt, die notwendige Veröffentlichung dieser Direktvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union unverzüglich durchzuführen.

Darüber hinaus wird der Landrat beauftragt, alle Voraussetzungen zu schaffen, die Gesellschafts- und Vertragsstrukturen der VKU den Vorgaben der EU-Verordnung für die vorgenannte Direktvergabe anzupassen sowie in der Übergangszeit bis zum in Kraft treten der Direktvergabe alle Verfahrensschritte einzuleiten und durchzuführen, um weiterhin die rechtskonforme Finanzierung der ÖPNV-Leistungen zu gewährleisten und den Linien- bzw. den Konzessionsbestand der VKU zu schützen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (4 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion, 22 Enthaltungen der CDU- und FDP-Fraktion)

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 4 wird die Sitzung von 16.20 bis 16.30 Uhr unterbrochen.

Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 4 wird die Sitzung von 16.20 bis 16.30 Uhr unterbrochen.

Punkt 5

194/08

Investitionssprogramm „Schulen mit Zukunft“ 2009 – 2015;

- Grundsatzbeschluss -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass im Bau- und Technikausschuss eine Ergänzung zum Beschlussvorschlag vorgeschlagen worden sei, die wie folgt lautet: Jede Einzelmaßnahme ist zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Kreisausschuss habe in seiner gestrigen Sitzung den Beschluss mit dem entsprechenden Zusatz zur Beschlussfassung empfohlen. Weiterhin betont Herr Landrat Makiolla, dass hier über eine Vorlage von geradezu historischer Bedeutung für den Kreis Unna abgestimmt werde. Als Teil der Bildungsoffensive des Kreises und seiner Städte und Gemeinden lege die Verwaltung heute das Investitionssprogramm „Schulen mit Zukunft vor“, das bis 2015 Investitionen in 13 Gebäuden in Lünen, Unna, Werne, Holzwickede, Bergkamen und Kamen vorsehe. Dabei gehe es um die Anpassung der Raumsituation an sich ändernde Anforderungen, um Modernisierungsmaßnahmen der technischen Ausstattung und vor allen Dingen auch um energetische Baumaßnahmen im Rahmen des Klimaschutzprogrammes des Kreises. Das Programm habe nicht nur ein Volumen von bis zu 28 Millionen Euro, es sei gleichzeitig eine Investition in den Bildungs- und den Wirtschaftsstandort Kreis Unna. Eine möglichst hohe Summe dieser Investitionen solle der heimischen Wirtschaft und dabei insbesondere dem heimischen Handwerk zugute kommen. Erfreulich sei zudem, so Herr Landrat Makiolla weiter, dass das Land Nordrhein-Westfalen beabsichtige, die Gelder des Konjunkturpakets II für die Kommunen unter anderem über die Bildungspauschale zu verteilen. Davon würde auch der Kreis Unna profitieren, so dass ein Teil dieser Schulinvestitionen somit über die Forderung aus dem Konjunkturprogramm finanziert werden könnte. Letztlich sei das Programm eine wirksame Maßnahme zur mittelfristigen Konsolidierung des Kreishaushaltes, da eine jährliche Einsparung von mindestens 1,2 Millionen Euro beim Betrieb und bei der Bauunterhaltung der Kreisschulen erwartet werde.

Beschluss

Der Kreistag beschließt (Grundsatzbeschluss):

1. Der Kreis Unna saniert im Rahmen eines mehrjährigen Programms die Schulen in seiner Trägerschaft. Mit diesem Sanierungsprogramm sollen die Qualität der schulischen Angebote der Berufskollegs und der Förderschulen langfristig gesichert und die aktuell hohen Gebäudebetriebskosten nachhaltig gesenkt werden.
2. Das Sanierungsprogramm wird in den Jahren 2009 – 2015 durchgeführt. Bei der Realisierung soll das regionale Bauhandwerk so weit wie möglich berücksichtigt werden.

3. Für das Sanierungsprogramm werden finanzielle Mittel bis zu 28,0 Mio € bereitgestellt.
Die Mittel aus der jährlichen Landeszuweisung der Bildungspauschale werden im Zeitraum 2010-2015 mindestens zur Hälfte investiv im Rahmen dieses Programms eingesetzt. Soweit darüber hinaus Investitionen nicht durch staatliche Förderprogramme gedeckt werden können, sondern durch Darlehen zu finanzieren sind, sollen die resultierenden jährlichen Finanzierungsbelastungen kurz- und mittelfristig im Wesentlichen durch Betriebskostenentlastungen, vor allem bei Energieverbrauch und Bauunterhaltung aufgefangen werden.
4. Zum Programmfortschritt einschl. der finanziellen Auswirkungen wird dem Kreistag unabhängig von Ausführungsbeschlüssen, Haushalt und Jahresabschluss jährlich ein gesonderter zusammenfassender Bericht gegeben.
5. Jede Einzelmaßnahme ist zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

192/08

Neustrukturierung der Suchthilfeplanung/-beratung im Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass der Kreisausschuss in seiner gestrigen Sitzung eine Vertagung des Tagesordnungspunktes wegen der noch vorhandenen rechtlichen Bedenken empfohlen habe. Entsprechend werde auch an dieser Stelle keine Beratung stattfinden.

Punkt 7

Haushalt 2009

Erörterung

Zum Haushalt 2009 tragen Frau Cziehso für die SPD-Fraktion, Herr Jasperneite für die CDU-Fraktion, Herr Goldmann für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Herr Senkel für die FDP-Fraktion, Herr Gabriel für die Gruppe DIE LINKE. sowie Herr Elsbeck für die STATT-Partei vor. Die Etatreden sind der Niederschrift als Anlage 2 bis 7 beigefügt.

Im Anschluss wird die Sitzung für zehn Minuten unterbrochen.

Punkt 7.1

003-1/09

Einwendungen gegen die Festsetzung der Allgemeinen Kreisumlage

Beschluss

Der Kreistag nimmt die Einwendungen der Städte Schwerte, Unna, Selm, Lünen und Bergkamen gem. § 55 KrO zum Entwurf der Haushaltssatzung 2009 (sh. Anlagen) zur Kenntnis.

Den Einwendungen wird in dem Umfang entsprochen, in dem über die Positionen der Veränderungsliste eine Anpassung des Hebesatzes der Allgemeinen Kreisumlage beschlossen wird.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Nein-Stimmen der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 7.2

180-2/09

Erlass der Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009

1. Anträge der Fraktionen

1.1 Fahrradmobilität im Kreis Unna/Investitionsprogramm (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung

Frau Schneider berichtet, dass ihre Fraktion diesen Antrag als ersten Schritt in Richtung eines Fahrradfreundlichen Kreis Unna ansehe. Gerade auch mit Blick auf die Kulturhauptstadt 2010 sei jetzt der richtige Zeitpunkt, konkret einzusteigen.

Frau Cziehso schlägt vor, den Deckungsvorschlag in der Form zu modifizieren, dass die Mittel nicht bei der konkreten Maßnahme Nr. 7 „Schlossplatz Selm“ sondern allgemein bei den Mitteln für den Straßenbau eingespart werden sollten.

Herr Landrat Makiolla ergänzt, dass im Falle dieser Modifizierung der Bau- und Technikausschuss kurzfristig darüber entscheiden würde, welche Maßnahme man zurückstelle.

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt, für das geplante Projekt „Fahrradfreundlicher Kreis Unna“ ein Investitionsprogramm in Höhe von 30.000 € zur Verfügung zu stellen. Im Einzelnen sollen damit folgende Ziele realisiert werden:

Der Kreis Unna tritt der **Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte und Gemeinden** in NRW bei. Der Mitgliedsbeitrag für 2009 (2.500 €/Jahr) ist in dem Investitionsprogramm für 2009 enthalten.

Zusätzlich zu den ausgezeichneten Ost-West-Anbindungen im Kreis Unna (Römer-, Industriekultur-, Ruhr-, Kaiser- und Hellweg-Route) soll eine **Nord-Süd-Achse** abgestimmt und bis zum Start des Kulturhauptstadtjahres ausgeschildert werden. Die Route bekommt auf Vorschlag des ADFC den Titel „Sole, Dampf, Kohle“.

Die auf der Kreisradkonferenz 2002 benannten und durch Bürger, ADFC und Tourismusveranstalter ergänzten **Streckenhindernisse** werden in einer konzertierten Aktion bis zur Eröffnung der Kulturhauptstadt beseitigt („Schlaglochliste“).

Auf einer **Projektkonferenz** Mitte des Jahres 2009 wird mit einer Gruppe von Multiplikatoren aus Radverkehrsinitiativen (z.B. ADFC), Touristikern, VKU und Planern ein **Programm** Urlaub in der „Kulturhauptstadt-paRADiesisch“ erarbeitet, um rechtzeitig vor dem Jahr 2010 angemessene Marketing-Inhalte für den Kreis Unna-Tourismus anbieten zu können.

Das Investitionsprogramm ist als Anschubfinanzierung bzw. Eigenanteil gedacht. Förderanträge für Einzelmaßnahmen sollen gegebenenfalls auch im Rahmen des 2. Konjunkturprogramms gestellt werden (Bund/Land NRW), um die Investitionssumme weiter zu erhöhen.

Das Investitionsprogramm wird haushaltsneutral aus dem Teilergebnisplan 60.02 „Unterhaltung, Neubau und Erweiterung von Verkehrsflächen“ finanziert.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (5 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

1.2 Einsetzung/Neubelebung der Finanzstrukturkommission (Antrag der FDP-Fraktion)

Erörterung

Herr Goldmann regt an, zunächst die Finanzstrukturkommission wieder einzurichten und anschließend in dem Gremium gemeinsam zu entscheiden, wo gegebenenfalls eine externe Begleitung weiterhelfen könnte.

Herr Senkel erklärt als Antragsteller seine Zustimmung zu einer Antragsänderung in dem Sinne, dass in der Finanzstrukturkommission die Auftragsziele formuliert würden und dort auch zu entscheiden sei, welcher Berater beauftragt werde.

Nach kurzer Diskussion fasst Herr Landrat Makiolla die Redebeiträge so zusammen, dass zunächst die Finanzstrukturkommission reaktiviert werden solle. In diesem Gremium solle dann die Beauftragung eines externen Gutachters angestrebt und dessen Aufgaben und Ziele festgelegt werden. Die endgültige Beauftragung müsse sowieso im Kreistag erfolgen.

Beschluss

Die Finanzstrukturkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf. Sie entscheidet zunächst darüber, welche Aufgaben und Ziele ein externer Gutachter wahrnehmen soll.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

1.3 Sofortiger Verkauf der RWE-Aktien (Antrag der FDP-Fraktion)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass bei einer Zustimmung zu diesem Antrag aus der Haushaltsvorlage ein Betrag von 58.000 Euro, der als Ertrag für die Dividende eingestellt worden sei, herausgezogen werden müsse.

Nach Diskussion über den besten Zeitpunkt des Verkaufs wird wie folgt beschlossen:

Beschluss

Der Kreistag beschließt, die RWE-Aktien, die aus dem Vergleich zum Tausch VEW-RWE-Aktien in den Besitz des Kreises Unna kommen, sofort zu verkaufen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Nein-Stimmen der SPD-Fraktion, der Gruppe DIE LINKE., Enthaltung der STATT-Partei)

1.4 Mittel für Initiativen und Gruppen gegen Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus (Antrag der Gruppe DIE LINKE.)

Erörterung

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN berichtet Frau Hosang, dass man sich vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse im Kreis Unna mit dem Thema auseinandersetzen und nicht eine bloße Summe zur Verfügung stellen sollte. Deshalb habe ihre Fraktion einen weitergehenden Antrag mit folgendem Wortlaut erarbeitet: „Der Kreistag beschließt, die Aufarbeitung und die Bewertung rechtsradikaler, rassistischer und antisemitischer Ausschreitungen im Kreisgebiet im Zeitraum der letzten zwei Jahre durch den Sozialausschuss sicherzustellen (Sachstandsbericht). Die Unterstützung von Initiativen gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgt vernetzt und im Dialog mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen. Der Betrag von 10.000 Euro wird vorbehaltlich der interkommunalen Abstimmung zur Verfügung gestellt.“

Herr Jasperneite teilt mit, dass die CDU-Fraktion diesen Erweiterungsantrag unterstützen werde, sofern der Antrag nicht nur auf Rechtsradikalismus reduziert werde sondern sich auf Radikalismus in jeglicher Form beziehe.

Herr Gabriel erklärt sich für die Gruppe DIE LINKE. inhaltlich mit dem Erweiterungsantrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einverstanden; der Mittelkürzung könne man allerdings bei dem dringenden finanziellen Bedarf dieser Gruppen nicht folgen.

Für die FDP-Fraktion signalisiert Frau Schaumann Zustimmung für den GRÜNEN-Antrag mit der von Herrn Jasperneite vorgeschlagenen Erweiterung.

Nach intensiver Diskussion erklärt Herr Landrat Makiolla, die Abstimmung über den Antrag zunächst zurückzustellen. Er bittet die Beteiligten, ihm einen schriftlichen Beschlussvorschlag vorzulegen. Über diesen werde er nach Beratung der weiteren Anträge dann abstimmen lassen.

1.5 Einkommensabhängige Lernmittelfreiheit für SchülerInnen an Schulen in Trägerschaft des Kreises (Antrag der Gruppe DIE LINKE.)

Erörterung

Frau Töpfer berichtet, dass der Antrag in seinem Anliegen der Intention der SPD-Fraktion entspreche, mit seinen Forderungen zum Haushalt allerdings gegenstandslos sei. In der vorigen Sitzung des Schulausschusses habe es einen Bericht zur Umsetzung des letztjährigen Kreistagsbeschlusses zur Lernmittelfreiheit für Schulen in Trägerschaft des Kreises Unna gegeben. In der Vorlage sei darauf hingewiesen worden, dass die Abwicklung im Rahmen der Ansätze für das Jahr 2009 erfolgen könne, sofern sich die Inanspruchnahme auf dem Niveau des Schuljahres 2008/09 bewegen sollte. Im Haushalt sei das Geld also vorhanden und könne im kommenden Schuljahr gezahlt werden. Den seinerzeit beschlossenen Mitteln von bis zu 30.000 € hätten tatsächliche Kosten von 2.800 € gegenüber gestanden. Außerdem sei wichtig, so Frau Töpfer weiter, dass man für den Kreis eine einvernehmliche Regelung anstrebe. Es habe bereits erste Gespräche gegeben, in denen die Leistungen der einzelnen Schulträger ermittelt wurden. In einem nächsten Schritt werde in weiteren Gesprächen eine Harmonisierung angestrebt.

Herr Dr. Timpe weist ergänzend darauf hin, dass die Regelung in den Schulen umfassend weiter gegeben worden sei. Entsprechend sei der anspruchsberechtigte Personenkreis mehrfach über die Regelung informiert worden.

Herr Gabriel erklärt, dass für die Gruppe DIE LINKE. wichtig sei, die Lernmittelfreiheit ab dem Schuljahr 2009/10 und darüber hinaus zu gewähren.

Es wird vereinbart, über den Antrag inhaltlich – ohne zusätzliche Haushaltsrelevanz - abzustimmen. Es ergeht sodann folgender

Beschluss

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt eine einkommensabhängige Lernmittelfreiheit für die Schülerinnen und Schüler der in Trägerschaft des Kreises Unna befindlichen Schulen. Diese Lernmittelfreiheit gilt ab dem Schuljahr 2009/10 weiter und soll auf Dauer gewährt werden. Berechtigt sind Schülerinnen und Schüler, die Einwohner des Kreises Unna sind und die selbst oder deren Erziehungsberechtigte Bezieher von Arbeitslosengeld II, der Grundsicherung im Alter, der Jugendhilfe oder Bezieher des Asylbewerberleistungsgesetzes sind.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (Enthaltungen der CDU- und FDP-Fraktion)

1.6 Streichung von Mitteln der Kulturförderung (Antrag der FDP-Fraktion)

Erörterung

Herr Schwerdt erinnert daran, dass das Wort „Bildung“ derzeit in aller Munde sei und sich auch in allen Haushaltsreden finde. Er habe den Eindruck, dass mit diesem Begriff teilweise eine reine schulische Lerninhaltevermittlung gemeint sei. Grundsätzlich könne Bildung aber nicht auf den Schulunterricht beschränkt werden. Geistige Auseinandersetzung und Beweglichkeit setze seiner Ansicht nach ein reichhaltiges und vielfältiges kulturelles Leben voraus. Sicherlich sei die öffentliche Hand originär für die sog. „Hochkultur“, wie sie die drei kulturellen Säulen darstellen, zuständig, da Private dies nicht betreiben könnten. Darüber hinaus dürfe man aber nicht vergessen, so Herr Schwerdt weiter, dass mit dem bescheidenen Betrag von 16.000 € viel ehrenamtliches Engagement im Kulturbereich unterstützt werde. Ohne die einzelnen bescheidenen Zuschüsse könnten viele kulturelle Initiativen und Projekte gar nicht stattfinden. Von der Nachhaltigkeit der Arbeit wolle er erst gar nicht reden.

Für die FDP-Fraktion betont Herr Senkel, dass der Kreis seine Kulturaktivitäten auf die Maßnahmen beschränken solle, die einzelne Kommunen nicht stemmen könnten. Dies seien die drei großen und durchaus kostenintensiven Säulen Schloss Cappenberg, Haus Opherdicke und Neue Philharmonie Westfalen. Nicht zu vergessen sei dabei das vom Kreis angestrebte Haus der Moderne. Die weitere Kulturarbeit sei demgegenüber Sache der Kommunen.

Beschluss

Der Kreistag streicht im Produkt 41.01.03 die Mittel der Kulturförderung in Höhe von 16.000 €.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der FDP-Fraktion, 3 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

1.7 Welttheater der Straße (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung

Frau Schneider betont, dass es sich beim Welttheater der Straße um ein großartiges überregionales Spektakel handele und es wichtig sei, dieses Kulturprojekt langfristig zu erhalten.

Herr Schilken erklärt, dass aus Sicht der FDP auch dieses sicherlich hervorragende Projekt durch die Kommune und nicht über den Kreis finanziert werden solle und man den Antrag entsprechend ablehnen werde.

Beschluss

Das Welttheater der Straße wird mit 15.000 € gefördert. Der dafür benötigte Haushaltsansatz wird aus der Produktziffer 41.01.06 Öffentliche Begegnungsstätte Haus Opherdicke, insbesondere „Gebäudeunterhaltung“ (170.500 €) entnommen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (7 Nein-Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion, 3 Enthaltungen der FDP- und CDU-Fraktion)

1.8 Wirtschaftsförderung im Kreis Unna / Mikrofinanzgenossenschaft (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung

Herr Nadolski-Voigt weist darauf hin, dass dieses Instrument für Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung in Industrienationen wie Frankreich und weiteren Staaten der Europäischen Union bereits erfolgreich eingesetzt werde.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Ganzke, dass man diesen Antrag ablehnen werde. Zum Einen könne man als Kreistag die WFG – also eine eigenständige Gesellschaft – nicht beauftragen, eine Mikrofinanzgenossenschaft zu gründen. Zum Anderen habe der WFG-Geschäftsführer im Sozialausschuss ausführlich dargestellt, dass solche Förderungsmöglichkeiten bereits existieren würden. Er persönlich wolle den Antrag auch noch deshalb ablehnen, weil er die abwertenden Äußerungen zur WFG und insbesondere zu deren Geschäftsführer in der Haushaltsrede des GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden nicht nachvollziehbar finde. Es könne nicht sein, dass hier eine langjährige Arbeit als nicht zufriedenstellend bezeichnet werde.

Frau Schaumann macht deutlich, dass die FDP-Fraktion dem Modell grundsätzlich positiv gegenüber stehe, allerdings sei es von anderen hier aktiven Kommunen wie beispielsweise Dortmund nicht auf den Kreis Unna übertragbar. Deshalb werde auch ihre Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt den Antrag ablehnen.

Herr Landrat Makiolla weist die Antragsteller noch einmal darauf hin, dass der Antrag aufgrund der gewählten Formulierung keine Wirkung entfalte. Man könne alternativ die vom Kreis entsandten Mitglieder in der Gesellschafterversammlung und im Aufsichtsrat der WFG auffordern, sich dort für die Gründung einer solchen Mikrofinanzgenossenschaft einzusetzen.

Beschluss

Die WFG gründet die Mikrofinanzgenossenschaft (Mikro eG). Die Mikro eG wird beauftragt, kleinen Unternehmen und Existenzgründern Kleinkredite (bis 10.000 €) als Risikokapital zu vermitteln. Antragsberechtigte sind Unternehmen, die im Kreisgebiet beheimatet und Mitglied der Mikro eG sind. Die Kredite werden von Banken zur Verfügung gestellt, die sich bereits auf dem Gebiet der Mikrofinanz engagieren (z.B. GLS Bank Bochum). Zielführende Gespräche sollen auch mit den heimischen Sparkassen sowie den Volks- und Raiffeisenbanken aufgenommen werden.

Aus vorhandenen Mitteln der WFG wird ein Risikokapitalfonds von 100.000 € als Anschubfinanzierung zur Verfügung gestellt. Der Fonds speist sich langfristig aus Mitteln seiner Mitgliedsunternehmen.

Der Kreis stellt eine Personalstelle zur Betreuung der Mikro eG zur Verfügung. Diese (nicht landesgeförderte) Personalstelle wird bei der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet eingespart und bekommt gegebenenfalls das neue Aufgabengebiet „Mikrofinanz“. Die Gründung der Mikro eG ist damit haushaltsneutral und verursacht keine zusätzlichen Kosten im Kreishaushalt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe DIE LINKE.)

1.9 Koordinationsstelle „Frau und Beruf“ (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung

Frau Müller-Hinz betont, dass man mit dem Antrag zunächst die Arbeit der Koordinationsstelle bis zum Ende dieses Jahres sicherstellen wolle. Das Projekt solle aus Sicht ihrer Fraktion darüber hinaus fortgeführt werden.

Beschluss

Der Kreistag stellt der Koordinationsstelle „Frau und Beruf“ angesiedelt bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft zusätzlich zum vorhandenen Budget von 50.000 € (1 Personalstelle bis 1. Oktober 2009) weitere 30.000 € zur Ausfinanzierung der Stelle bis zum 31.12.2009 zur Verfügung.

Die WFG erarbeitet bis Ende April eine differenzierte Projektbeschreibung, in der Zielvereinbarungen für eine langfristige Fortführung dargelegt werden. Dabei sind Ziele und Produkte zu erläutern, wie z.B.

- akquirierbare Fördermittel,
- Anzahl der Einzelberatungen,
- Netzwerkaktivitäten,
- Gründungserfolge und eine
- differenzierte Zielgruppenbeschreibung (auch bei Frauen muss spezifiziert werden z.B. in Migrantinnen, Alleinerziehende usw.)

In einem Projektzeitplan sind entsprechende Meilensteine zu terminieren.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

1.10 Einrichtung gebührenfreier Konten (Antrag der Gruppe DIE LINKE.)

Erörterung

Auf Vorschlag von Frau Cziehso sichert Herr Landrat Makiolla zu, das Thema mit den Sparkassen im Kreis

Unna sowie in der Bürgermeisterkonferenz zu erörtern und im Anschluss im Kreistag zu berichten.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, mit den dafür zuständigen Gremien der Sparkassen im Kreis Unna Gespräche mit dem Ziel zur Einrichtung eines gebührenfreien Kontos für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II, der Grundsicherung im Alter, der Jugendhilfe oder Bezieher des Asylbewerberleistungsgesetzes zu führen. Gleichzeitig werden die kommunalen Vertreter im Verwaltungsrat der Sparkasse aufgefordert, sich für dieses Anliegen einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

1.11 NFG-Beitrag / Biologische Station im Kreis Unna (Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass die im Antrag genannte Personaleinsparung bereits in den Ergebnissen der Finanzstrukturkommission enthalten gewesen sei und deshalb nicht noch einmal eingesetzt werden könne.

Herr Mork betont, dass die NFG klein aber wichtig sei. Man habe neue Aufgaben des Landes erhalten und bereits in der Vergangenheit Kooperationsbereitschaft gezeigt. Er wolle hier nur die Kooperation mit Dortmund und Hamm erwähnen. Das Aufgabenspektrum habe sich enorm erweitert; der Personalbestand aber sei unverändert. Er habe sich, so Herr Mork weiter, kurzfristig mit dem Vorsitzenden des Trägervereins, Herrn Teumert, und seiner Vertreterin, Frau Niemann, vereinbart, die beantragten Mittel auf 20.000 € zu reduzieren. Weitere Mittel sollten dann über die Finanzstrukturkommission rekrutiert werden.

Beschluss

Der Kreistag erhöht seinen Beitrag an die NFG um 20.000 €. Der Beitrag ist zweckgebunden für die Finanzierung einer Personalstelle (Vorarbeiterstelle) bei der Biologischen Station einzusetzen. Die Personalkosten zur Einrichtung einer Stelle für wissenschaftliche Untersuchungen (Kartierung) zu der vom Land geforderten Aufgabenerfüllung erfolgt erst nach freiwilliger Erhöhung von Mitgliedsbeiträgen durch bestimmte Institutionen (z.B. RVR) und wird nicht vom Kreis Unna finanziert.

Die Mitgliedsbeiträge der Kommunen und der anderen Mitglieder der NFG bleiben von dieser Regelung unberührt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

Herr Landrat Makiolla kommt zurück auf den unter Nr. 1.4 aufgeführten Antrag der Gruppe DIE LINKE.. Die

Erweiterung des Beschlussvorschlage liege ihm nun schriftlich vor und laute wie folgt: „Der Kreistag beschließt, die Aufarbeitung und Bewertung links- und rechtsradikaler, rassistischer und antisemitischer Ausschreitungen im Kreisgebiet Unna im Zeitraum der letzten zwei Jahre durch den Sozialausschuss sicher zu stellen (Sachstandsbericht). Die Unterstützung von Initiativen gegen Links- und Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgt vernetzt und im Dialog mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen. Der Betrag von 10.000 € wird vorbehaltlich der interkommunalen Abstimmung zur Verfügung gestellt.“ Da der Antrag der Gruppe DIE LINKE. der weitergehende sei, stelle er diesen zuerst zur Abstimmung.

Beschluss

1. Antrag der Gruppe DIE LINKE.

Der Kreistag des Kreises Unna beschließt, im Haushaltsjahr 2009 einen Betrag von 20.000 € für Initiativen und Gruppen gegen Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe DIE LINKE.)

2. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Der Kreistag beschließt, die Aufarbeitung und Bewertung links- und rechtsextremistischer, rassistischer und antisemitischer Ausschreitungen im Kreisgebiet Unna im Zeitraum der letzten zwei Jahre durch den Sozialausschuss sicherzustellen (Sachstandsbericht). Die Unterstützung von Initiativen gegen Links- und Rechtsradikalismus, Rassismus und Antisemitismus erfolgt vernetzt und im Dialog mit den Bürgermeistern der kreisangehörigen Kommunen. Der Betrag von 10.000 € wird vorbehaltlich der interkommunalen Abstimmung zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Nein-Stimmen der Gruppe DIE LINKE., Enthaltung der SPD-Fraktion)

1.12 Differenzierte Kreisumlage (Antrag der CDU-Fraktion)

Erörterung

Frau Sopora erklärt für die CDU-Fraktion, dass man den Antrag zurückziehe. Die von der Verwaltung vorgenommene Erhöhung der differenzierten Kreisumlage sei bis heute Mittag nicht mit Zahlen belegt worden. Dies sei erst heute durch den zuständigen Dezernenten, Herrn Sparbrod, erfolgt. Grundsätzlich erwarte ihre Fraktion von der Verwaltung genaue und nachvollziehbare Daten.

Herr Rieke kritisiert den Antrag der CDU-Fraktion und betont, dass weder die Kreisverwaltung noch der Jugendhilfeausschuss für den Kostensteigerungen verantwortlich sei. Die Verwaltung habe den Haushalt mit

immenser Sorgfalt und großer Verantwortung erstellt und er bitte als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses um Zustimmung.

2. Beschluss über den Stellenplan (Vorlage Nr. 181/08)

Beschluss

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009 wird in der beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (2 Nein-Stimmen der Gruppe DIE LINKE.)

3. Gesamtbeschluss über den Haushalt (Vorlage Nr. 180-2/08)

Erörterung

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass der Unterschied zwischen den beiden Vorlagen darin liege, dass in der Ergänzungsvorlage Nr. 180-2/09 eine verbindliche Verpflichtung des Kreistages enthalten sei, noch in diesem Jahr mit einer konstruktiven umfassenden Sanierung des Kreishaushalts zu beginnen. Demgegenüber würde die Vorlage Nr. 180-1/08 aus seiner Sicht dazu führen, dass alle Sanierungsanstrengungen auf das nächste Jahr nach der Kommunalwahl verschoben würden.

Herr Kreisdirektor Stratmann teilt mit, dass der mit den Anträgen der Fraktionen verbundene Mehraufwand 218.000 € betrage. Dies werde, je nach Beschluss, entweder das Defizit auf rund 2,32 Mio Euro erhöhen (Vorlage Nr. 180-2/09) oder den Hebesatz der Kreisumlage auf 44,494 v.H. sowie den Hebesatz der Landschaftsverbandsumlage auf 45,132 v.H. (Vorlage 180-1/08).

Herr Jasperneite schlägt vor, den Beschlussvorschlag aus der Ergänzungsvorlage 180-1/08 um die Nr. 2 der Ergänzungsvorlage 180-2/09 zu erweitern.

Herr Landrat Makiolla stellt fest, dass die Sitzungsvorlage Nr. 180-2/09 die weitergehende sei, so dass er zunächst über diese Vorlage abstimmen lasse.

Beschluss

1. Sitzungsvorlage Nr. 180-2/09

1. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit den sich aus der beigefügten Anlage ergebenden Veränderungen beschlossen. Damit wird der Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage auf 44,0 v.H. festgesetzt und gleichzeitig ein Defizit in Höhe von rd. 2,32 Mio € ausgewiesen. § 6 Abs. 2 der Haushaltssatzung ist zu beachten.
2. Der Landrat wird beauftragt, kurzfristig die Arbeit der Finanzstrukturkommission wieder aufzunehmen und unter Beteiligung eines externen Beraters sowie der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg ein

freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

3. Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2008 zum Haushaltsjahr 2009 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt (Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

2. Sitzungsvorlage Nr. 180-1/08 mit der vereinbarten Erweiterung

1. Die Haushaltssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2009 wird gegenüber dem Verwaltungsentwurf mit den sich aus den beigefügten Anlagen ergebenden Veränderungen sowie den in der Sitzung angenommenen Änderungsanträgen beschlossen.
2. Die Übersicht der Ermächtigungsübertragungen für investive Auszahlungen vom Haushaltsjahr 2008 zum Haushaltsjahr 2009 wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Landrat wird beauftragt, kurzfristig die Arbeit der Finanzstrukturkommission wieder aufzunehmen und unter Beteiligung eines externen Beraters sowie der Kommunalaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg ein freiwilliges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (Nein-Stimmen der SPD-Fraktion und der Gruppe DIE LINKE.)

Punkt 7.3

181/08

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2009

Punkt 8

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Verabschiedung von Frau Zubrytzki

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass Frau Zubrytzki zum 31.03.2009 ihr Kreistagsmandat niederlege, da sie aus beruflichen Gründen den Kreis Unna verlasse. Er dankt ihr für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihr für den beruflichen und privaten Weg alles Gute.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 9

199/08

Grunderwerb in Selm zum Zwecke des Naturschutzes

Punkt 10

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr Steffen weist darauf hin, dass im Anschluss an diese Sitzung noch Sitzungen der GWA und der AKU stattfinden würden.

Ende der Sitzung 19.45 Uhr

Anlagen

1. Ansprache von Herrn Landrat Makiolla zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus
2. Haushaltsrede der SPD-Fraktionsvorsitzenden, Frau Brigitte Cziehso
3. Haushaltsrede des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Wilhelm Jasperneite
4. Haushaltsrede des Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Herbert Goldmann
5. Haushaltsrede des FDP-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Sigurd Senkel
6. Haushaltsrede des Sprechers der Gruppe DIE LINKE., Herrn Udo Gabriel
7. Haushaltsrede des Kreistagsabgeordneten Herrn Marc Elsbeck (STATT-PARTEI)

Makiolla

Vorsitzender

Waßen

Schriftführerin